

Westberlin ein zweites „Silicon Valley“?

Neoklassische Krisentheorie in der Krise

Robert Katzenstein

An sich sollte dies eine Buchbesprechung werden. Es ist mehr daraus geworden, weil die Bücher, die den Anspruch erheben, sich mit der Problematik Westberlins zu beschäftigen, entweder nichts bringen oder aber überhaupt erst einmal das Grundmaterial aufbereiten müssen, von dem aus man die Probleme der Stadt angehen kann. Klaus Riebschläger, seinerzeit Finanzsenator, spricht in seinem Buch „Vor Ort“ die Probleme der Stadt zwar an, huscht aber so oberflächlich darüber hinweg, daß man sich fragt, wie so ein Buch eine zweite Auflage erlebt haben konnte.¹ Es muß wohl an dem vielversprechenden Titel gelegen haben. In gleicher oberflächlicher Art scheinen denn auch die Probleme Westberlins vom Senat angegangen worden zu sein. Der „Wende“-Senat von CDU und FDP brachte da keine Abhilfe. Bis heute existiert für Westberlin kein Entwicklungsplan. Es gibt also von Senatsseite keine zusammenhängenden und fundierten Vorstellungen, weder über die Entwicklung der Stadt noch über die ihrer Wirtschaft. Stipendiaten der Hans-Böckler-Stiftung haben das herausgefunden. Ihr vom DGB herausgegebenes Buch „Leben und arbeiten in Berlin“² legt denn auch erst die Grundlage für die Ausarbeitung einer wissenschaftlich fundierten Perspektive für Westberlin, indem es sichtet und darstellt, was an Material über Wirtschaft und Bevölkerung, Bildung, Umwelt, Gesundheit, Wohnen, Verkehr, Energie, Kultur in der Stadt überhaupt da ist. Eine ernsthafte Arbeit. Sie geht immer von der Fragestellung aus: Wie lebt es sich in der Stadt, wo liegen die Ursachen für die Aushöhlung ihrer Lebenskraft, was muß man tun, um da eine Wende zu erzielen? Entwicklungsvorschläge werden gemacht.

Ähnlich gestaltet und brauchbar als Grundlage für weitergehende Entwicklungsarbeiten ist das Buch „Die Berliner Eigenbetriebe als Instrumente kommunaler Politik“ von Otto Huter und Christoph Landerer.³ Bis zur Nutzung der Eigenbetriebe „als Instrumente kommunaler Politik“ kommen die Autoren zwar nicht, aber sie tragen zusammen, was man über diese Betriebe wissen muß, wenn man sie als Instrument in die Gesamtentwicklung der Westberliner Wirtschaft einbauen will.

„Strategien für mehr Arbeitsplätze in Berlin“ betitelt sich ein Bericht über ein vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung veranstaltetes Symposium.⁴ Es bringt wenig. Entweder bleiben die dort vorgetragenen Gedanken abstrakt und sind unzureichend mit der konkreten Westberliner Problematik verbunden, oder sie wiederholen Bekanntes. Sicherlich enthält das Buch interessante Gedanken, aber in bezug auf die Probleme, die wir hier in der Stadt haben, auf die Lösungsversuche, die hier angestrebt werden oder in der Diskussion sind, auf die Wirtschaftspolitik, die hier gemacht wird, bleibt das Buch mager. Als ob diese Fragen von Tabus umgeben sind. Das gilt namentlich für die Wirtschaftspolitik des CDU/FDP-Senats. Sie wird kritisiert, aber die Kritik hält sich

1 Klaus Riebschläger, Vor Ort, 2. Aufl., Berlin Verlag, Berlin (West) 1983, 239 S., 25 DM

2 Deutscher Gewerkschaftsbund Landesbezirk Berlin (Hrg.), Leben und arbeiten in Berlin, VAS Verlag für Ausbildung und Studium in der Elefanten Press, 2. Aufl., Berlin (West) 1984, 272 S., ca. 10 DM

3 Otto Huter, Christoph Landerer, Die Berliner Eigenbetriebe als Instrumente kommunaler Politik, Reihe Berlin-Forschung Bd. 10, Berlin Verlag, Berlin (West) 1984, 271 S., 28 DM

4 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrg.), Strategien für mehr Arbeitsplätze in Berlin, Berlin Verlag, Berlin (West) 1984, 209 S., 28 DM

an den vom Senat vorgegebenen theoretischen und praktischen Rahmen. Obwohl gerade dieser Rahmen falsch ist!

Innovationszentrum Westberlin?

Wirtschaftssenator Pieroth (CDU) möchte die wirtschaftlichen und die wissenschaftlichen Potenzen Westberlins – beide sind groß – miteinander verbinden und die Stadt so zu einem Innovationszentrum von ungeahnter Entwicklungskraft machen. Da das große Kapital ausgewandert ist und die wissenschaftlichen Potenzen Westberlins von München oder sonstwo in der BRD aus nutzt, will Senator Pieroth das insbesondere durch die Förderung des kleinen und mittleren Kapitals erreichen.

Das hört sich natürlich bestechend an. Es ist leicht einsichtig, weil die Verbindung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft tatsächlich überaus fruchtbar sein kann. Wer kennt nicht den Siegeszug der Computerindustrien oder, historisch, der Kohlechemie? Warum sollte kleineres Kapital, wenn es nur genügend gefördert wird, nicht auch große Industrien hervorbringen? Wer kennt nicht Nixdorf? Oder Grundig? Warum also soll Westberlin kein „Silicon Valley“ werden? Alle diese Fragen finden nicht nur keine Antwort, sie werden nicht einmal gestellt. Dabei liegt es doch auf der Hand, daß mehr dazu gehört als Unternehmungsgeist und ein kleines Anfangskapital, um einen wirtschaftlichen Aufschwung hervorzurufen. Sonst gäbe es keine Notstandsgebiete mehr. „Silicon Valley“ ist kein Zufall, sondern dort kamen eine ganze Reihe von Faktoren zusammen, ehe dieses Tal seinen wirtschaftlichen Aufschwung nahm.

Vor allem liegt „Silicon Valley“ nicht im Abseits, sondern genau dort, in dem Gebiet, wo Elektronik massenweise entwickelt, produziert und gebraucht wird. Elektronik war schon ein Geschäft, ehe Wissenschaftler der Stanford-Universität auf die Idee kamen, selbst kleine Unternehmen zu gründen, um ihre Erfindungen auf diesem Gebiet selbst auswerten zu können. Und sie gründeten ihre Unternehmen eben deshalb, weil sie selbst von diesem Geschäft profitieren wollten. Sie gründeten sie mitten drin im Elektronik-Zentrum; zwar am Rande des Kerngebietes, weil der Boden dort billiger war, aber nicht im Abseits.

Westberlin aber liegt im Abseits. Es ist von seiner Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung her kapitalistisch, liegt jedoch mitten im sozialistischen Wirtschaftsraum. Es liegt inmitten der Wirtschaftszentren der DDR und ihrer Verbindungslinien, hat sich aber im Zuge des kalten Krieges gegen diese Zentren abgeschottet und sich folglich auch der wirtschaftlichen Impulse beraubt, die von solchen Zentren und ihren Wechselbeziehungen ausgehen. Statt dessen hat Westberlin seine Verbindungen zur BRD ausgebaut. In der BRD aber hat sich nach dem Kriege das Wirtschaftsgefüge nachhaltig verschoben. Die Verbindungslinien der Bundesrepublik laufen von Nord nach Süd statt von West nach Ost, Westberlin bleibt außen vor. Weiterhin hat sich eine ganz neue industrielle Struktur herausgebildet. An die Stelle der Kohle- und Stahl-, der Schiffbau- und Textilindustrien als beherrschende Zweige sind die Auto-, die Öl- und Chemie-, die Elektroindustrien getreten, mit denen – mit Ausnahme der Elektroindustrie – die Industrie Westberlins keine aus der wirtschaftlichen Entwicklung heraus gewachsenen Beziehungen mehr hatte. Nirgendwo ist also ein Schnittpunkt sichtbar, von dem aus Impulse auf das wirtschaftliche Leben der Stadt ausstrahlen könnten. Die Lage Westberlins gleicht der Venedigs nach der Verlagerung der großen Handelsstraßen. Deshalb der wirtschaftliche Niedergang.

Diesem Niedergang ist gewiß nicht beizukommen, indem man Wissenschaft und kleines Kapital zusammenbringt und darauf hofft, daß es Früchte trägt. Dafür muß man schon Voraussetzungen schaffen, und die wichtigste wäre die Einbettung der Stadt in ein wirtschaftliches Wachstumsfeld bzw. ihre Gestaltung als wirtschaftliches Wachstumsfeld durch Entwicklung ihres Marktes. Sonst wird nichts daraus, und das Kapital wandert ab und nutzt dabei die möglichen Innovationen noch als geeignete Startposition in der neuen Umgebung. Es dürfte kein Zufall sein, daß der erste mittelständische

Unternehmer von Gewicht, der von der neuen Förderpolitik des Senats Gebrauch machte – er hat ein wirtschaftliches Entschwefelungsverfahren für kleine Heizanlagen erfunden –, sich schon in ein entsprechendes Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland eingekauft hat, bevor das neue Verfahren noch bis zu Produktionsreife gebracht ist. Die Auswertung in Westberlin allein oder von Westberlin aus ist nicht lukrativ genug. Anders sähe das aus, wenn eine Senatsverordnung für kleine Heizungsanlagen solche Abgaswerte vorschriebe, daß der Einsatz solcher Anlagen notwendig würde, um sie zu erreichen. Dann wäre Westberlin groß genug, um sie hier profitabel vermarkten und dabei auch gleich soweit entwickeln zu können, daß sie export- oder lizenziert werden. Auf diese Weise könnten sich Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt ergeben.

An dem genannten Beispiel wird auch sichtbar, daß man sich schon der Praxisebene nähern muß, wenn man die Wirkungen angebots- oder nachfrageorientierter Politik abschätzen will. Wie der vorliegende Fall zeigt, genügt es nicht, die Entwicklung eines neuen Produkts zu fördern, auch dann nicht, wenn man das Kapital dadurch in die Lage versetzt, ein für den Umweltschutz wichtiges neues Erzeugnis auf dem Markt anzubieten. Wenn der Markt hierorts weniger Gewinnchancen bietet als in der BRD, wird die Produktion dort aufgenommen. Eine nachfrageorientierte Politik, die den hiesigen Markt aufschließt, wäre demnach besser, wenn man die Produktion in der Stadt halten und hier Arbeitsplätze schaffen will. Ich will damit gar nicht sagen, daß eine nachfrageorientierte Politik dauerhaft Wirkungen zeitigen würde. Das ist mit Sicherheit nicht der Fall, weil die Ursachen der Krise tiefer liegen. Ich will mit dem Beispiel nur zeigen, wie luftleer der Diskussionsraum ist, wenn die Theorien sich nicht an dem praktischen Geschehen orientieren. Tatsächlich ist schon die Prämisse falsch, von der diese wirtschaftspolitischen Theorien und die praktische Wirtschaftspolitik ausgehen.

Senatskonzept ignoriert Krisenursachen

Selbst nach einhundertsechzigjähriger Erfahrung mit dem Krisenzyklus wird immer noch vorausgesetzt, daß es genüge, der Wirtschaft den rechten Anstoß zu verleihen und schon komme alles ins Lot, denn es sei die Tendenz der kapitalistischen Wirtschaft, immer dem Gleichgewicht zuzustreben; das Ungleichgewicht sei nur zufällig. Also ist man auf der Suche nach dem rechten Anstoß, und nur darum dreht sich die Diskussion. Der CDU/FDP-Senat glaubt ihn jetzt in der Verbindung von Wissenschaft und kleinem Kapital gefunden zu haben. Tatsächlich aber strebt die kapitalistische Wirtschaft dem Ungleichgewicht zu, und es genügt keineswegs, ihr nur den richtigen Anstoß zu geben, sondern man muß dieses Ungleichgewicht beseitigen. Deshalb die Krise. Die Beseitigung des Ungleichgewichts ist ihre Funktion.

Man sollte meinen, diese Gesetzmäßigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung im Kapitalismus sei nicht so schwer zu begreifen. Es gibt keinen Zweifel und auch keinen Streit darüber, daß die Wirtschaft im Kapitalismus in ihrer Entwicklung vom privaten Unternehmerinteresse, dem Profit, bestimmt wird. Die Wirtschaftspolitik wird deshalb, in Theorie und Praxis, ausdrücklich auf den Profit gerichtet. Genau dies aber muß, logischerweise, verkehrt sein, weil individuelles Unternehmerinteresse und Allgemeininteresse sich diametral entgegenstehen. Kurzes Überlegen zeigt das.

Für den Unternehmer sind Löhne und Gehälter Kostenbestandteile. Er ist an ihrer Senkung interessiert, denn das erhöht seinen Profit. Es geht aber nicht nur um sein bloßes Interesse, denn die Konkurrenz zwingt ihm Rationalisierung und Lohndruck als Bedingung seines Überlebens auf. Gerade während der Krise wirkt dieser Druck besonders stark.

Gesellschaftlich gesehen, im Rahmen der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge, sind Löhne und Gehälter Einkommen, die sich auf dem Markt als Nachfrage niederschlagen. Je höher Löhne und Gehälter und je größer die Zahl der Lohnabhängigen, um so größer ist auch die Gesamtnachfrage auf dem Markt. Löhne und Gehälter sind sogar nicht nur

Nachfrage schlechthin, sondern sie sind der entscheidende Teil der gesellschaftlichen Nachfrage auf dem Markt. Nicht nur wegen ihrer absoluten Größe. Vom privaten Verbrauch hängt die Größe der Produktionsnachfrage ab, d. h. er bestimmt letzten Endes, wieviel Rohstoffe, Maschinen, Energie usw. verbraucht werden. Etwa 75 Prozent des privaten Verbrauchs aber werden in der BRD durch die Einkommen aus unselbständiger Arbeit bestimmt. Man könnte meinen, daß noch andere Faktoren für die Größe des Marktes wichtig sind. Der Export zum Beispiel. Was immer man aber auch in die Rechnung einbezieht, es ändert nichts daran, daß letzten Endes die Größe des Marktes immer durch die gesellschaftliche Konsumtion bestimmt wird. Sie bestimmt den Umfang der Produktion und seine Grenzen, auch wenn diese Grenzen über den nationalen Rahmen hinausgehen. Fehlen die Käufer für Konsumtionsmittel, für Waren des privaten Verbrauchs, so fehlen auch die Käufer für die Mittel der Produktion, für Rohstoffe, Maschinen und dergleichen. Als Fazit bleibt: Je höher die Masseneinkommen, um so größer die private Nachfrage, um so größer die Absatzmöglichkeiten für Waren und Dienstleistungen. Das gilt um so mehr, als der private Verbrauch der Kapitalisten vergleichsweise klein bleibt. Der größte Teil des Profits dient der Kapitalakkumulation. Auch dabei zeigt sich wieder die Gegenläufigkeit in der Entwicklung von Produktion und Markt im Kapitalismus: Je höher der Boom oder je schärfer die Krise, um so größer ist der Teil des Profits, der wieder in neues Kapital verwandelt wird. Im ersteren Fall erweitert der Kapitalist die Produktion, um möglichst viel der gegebenen Profitmöglichkeiten nutzen zu können, die der Boom verspricht. Im zweiten Fall muß er rationalisieren.

Dasselbe private Interesse der Unternehmer, das die Entwicklung des Marktes begrenzt, treibt auf der anderen Seite die Ausdehnung der Produktion voran, als ob es dafür keine Grenzen gäbe. Profitgier und Konkurrenz drängen den Unternehmer förmlich zur Erweiterung der Produktion. Je schneller er auf dem Markt ist, je größer sein Anteil daran, je massenhafter und billiger er produziert, um so größer ist sein Profit. Je höher die Boom-Wellen schlagen, um so ungestümer drängen die Unternehmer vor, erweitern sie ihre Kapazitäten, eröffnen sie neue Produktionen. Ihre Nachfrage nach Fabriken, Maschinen, Rohstoffen, Menschen schiebt selbst die Grenzen des Marktes immer weiter hinaus. Wenn diese Grenzen dann fühlbar werden, ist es schon zu spät. Wenn der Absatz zu stocken beginnt, dann stehen die relativ überschüssigen Kapazitäten schon, dann wird schon über den gesellschaftlichen Bedarf hinaus produziert. In diesem Moment verschärft sich aber wiederum auch die Konkurrenz. Es geht jetzt ums Überleben. Also werden Arbeitskräfte entlassen, wird auf Löhne und Gehälter gedrückt. Jeder versucht mit weniger Arbeitskräften mehr und billiger zu produzieren, um die Konkurrenz aus dem Markt zu drücken; jeder trägt also dazu bei, die Produktion zu erhöhen und gleichzeitig den Markt einzuengen. Gerade wenn das Allgemeininteresse Beschränkung der Produktion und Erweiterung des Marktes verlangt, zwingt das Privatinteresse die Unternehmer also zu umgekehrtem Handeln. Keine Einsicht in die gesellschaftlichen Folgen ihres Handelns kann die Unternehmer davon abhalten. Die Konkurrenz zwingt sie dazu bei Strafe des Untergangs.

In der Praxis läßt sich dieser Verlauf der Entwicklung unschwer nachweisen. Für die BRD hat das Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) nachgewiesen, daß sich während der vergangenen zwanzig Jahre der private Verbrauch fast durchweg langsamer als die Produktionskapazitäten entwickelt hat und daß diese Tendenz der Entwicklung gerade in Krisenjahren besonders scharf hervortrat.⁵

5 Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) (Hrg., Reihe Beiträge des IMSF Bd. 7, Umbruch im Produktionsbereich, Frankfurt/M. 1985, 428 S., 30 DM, übrigens eine sehr gute Forschungsarbeit zu Fragen der verstärkten Krisenhaftigkeit in der BRD in den vergangenen Jahren mit einer Fülle wichtiger Branchenanalysen. Ich verweise im vorliegenden Artikel auf S. 15

Ungleichgewicht ist kapitalistisches Gesetz

Diese ungleichgewichtige Entwicklung zwischen Produktion und Markt ist im Kapitalismus ökonomisches Gesetz. Einerseits treibt das Profitinteresse die Unternehmer zur schrankenlosen Ausdehnung der Produktion, gleichzeitig aber auch zum Druck auf die Masseneinkommen. Auf der anderen Seite bewirkt die Konkurrenz, daß sich kein Unternehmer diesem Handeln entziehen kann; die Konkurrenz verallgemeinert es also, macht es zum Gesetz. Deshalb erleben wir es in der Praxis immer wieder, wie Produktion und Markt auseinanderdriften. Je höher der Boom, um so tiefer die Krise. Auch das Aufkommen des Monopols ändert nichts daran, daß sich im Boom diese Schere zwischen Produktion und Markt öffnet. Auch das ist immer wieder zu verfolgen.

Der überschäumende Erdölboom der 60er und ersten 70er Jahre hat bewirkt, daß in der Bundesrepublik Raffineriekapazitäten mit einer Durchlaßfähigkeit von 160 Mio. t Erdöl jährlich gebaut wurden. Jeder der großen Ölkonzerne und selbst Außenseiter wollten auf diesem vielversprechenden Markt präsent sein. Heute liegt der Bedarf bei etwa 80 Mio. t Raffineriekapazität. In der Elektronikindustrie sind weltweit massenhaft Betriebe aus dem Boden geschossen, haben sich zu Großunternehmen ausgewachsen, und periodisch alle paar Jahre kommt die Krise und harkt die Kapazitäten aus. Selbst in den altehrwürdigen Zweigen wie der Stahlindustrie, von denen man annehmen müßte, daß sie eigentlich überschaubar seien – der Größe der in ihnen angesiedelten Konzerne und ihrer Erfahrungen wegen –, werden Produktion und Kapazitäten gesteigert, bis alle Marktgrenzen gesprengt sind. Als Beispiel einige Zahlen aus der Stahlindustrie der BRD:

		1970	1974	1980
Rohstahlproduktion	in Mio. t	45	53	44
Rohstahlkapazität	in Mio. t	53	60	69
Beschäftigte	in 1000	374	344	288

Quelle: Entnommen aus „Memorandum '83“, Köln 1983, S. 194

Die Kapazitäten wurden noch in die Höhe getrieben, als die Produktion schon lange ihren Höhepunkt (1974) überschritten hatte. Die Entwicklung in der Stahlindustrie ist dabei ganz typisch für die Entwicklung in der Industrie insgesamt bzw. das Verhalten der Stahlunternehmer für das aller Kapitalisten, die sich an den jeweils gegebenen und an den für absehbare Zeit erwarteten Gewinnmöglichkeiten und Konkurrenzbedingungen orientieren. An den rückläufigen Beschäftigtenzahlen zeigt sich, daß die Unternehmer, noch während sie die Produktion und die Kapazitäten in die Höhe treiben, bereits das Wachstum des Marktes einengen. Noch während des Aufschwunges beginnen sie zu rationalisieren, Arbeitskräfte überflüssig zu machen. Der Aufschwung verdeckt dabei noch die Folgen. Folge aber ist, daß die Masseneinkommen langsamer wachsen als die Produktion. Steigende Löhne mögen auch die Lohn- und Gehaltssumme insgesamt noch steigen lassen und so den sich entfaltenden Widerspruch überdecken, aber das ändert nichts an dem realen Gehalt der Entwicklung; es führt nur dazu, daß die Produktion immer weiter ausgedehnt wird, als ob sich nichts geändert habe. Nimmt man einmal die Stahlindustrie für die Gesamtheit der Volkswirtschaft, so zeigen ihre Kapazitäts- und Beschäftigtenzahlen, wie sehr Produktion und Markt in diesem Prozeß auseinanderdriften, hin zum Ungleichgewicht und zur Krise. Während der Krise erreicht dieser Prozeß sogar erst seinen Höhepunkt. Auch von 1970 bis 1974 wurden bereits Arbeitskräfte entlassen, aber durch das Produktionswachstum hielt sich dieser Prozeß in Grenzen; die Zahl der Beschäftigten sank nur um 8 Prozent. Mit dem Umschlag in der Konjunktur aber beschleunigte sich der Prozeß; von 1974 bis 1980 verringerte sich die Zahl der Beschäftigten um 16 Prozent. Für meine Begriffe darf man solche Gesetzmäßigkeiten in der Wirtschaftspolitik nicht einfach übersehen. Hier zeigt sich eindeu-

tig, daß sich die Profitinteressen der Unternehmer und das Allgemeininteresse, wie das Interesse der Lohnabhängigen an Vollbeschäftigung, antagonistisch gegenüberstehen. Eine Wirtschaftspolitik, die sich an den Unternehmerinteressen orientiert und sie zum Ausgangspunkt wirtschaftlicher Förderung macht, muß scheitern. Jedenfalls wenn man nicht den Unternehmergewinn, sondern die Beseitigung der Arbeitslosigkeit im Auge hat. Unter solchen Umständen kann eine unternehmerorientierte Wirtschaftspolitik nur eine Steigerung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Tatsächlich brachte der Übergang zur angebotsorientierten Wirtschaftspolitik der CDU/FDP-Regierung in der BRD in kürzester Zeit eine Verdoppelung der Arbeitslosenzahlen mit sich; von 0,9 Mio. 1980 stieg die Zahl der Arbeitslosen bis 1983 auf 2,3 Mio. In Westberlin sah das nicht anders aus. Aus 30 488 Arbeitslosen im Jahr 1980 wurden 81 600 im Jahr 1984.

Diese Eingrenzung der Massenkaukraft durch den Antagonismus in den Verteilungsverhältnissen des Nationaleinkommens und die bestimmende Rolle des Profitinteresses der Unternehmer kann auch nicht durch die Ausdehnung der Investitionen wettgemacht werden. Auch diese Annahme beruht auf falschen Voraussetzungen. Investitionen bilden zwar selbst Nachfrage auf dem Markt und sie schaffen auch neue Nachfrage, weil zusätzliche Investitionen auch zusätzliche Beschäftigung bedeuten. Investitionen bedeuten aber immer auch Ausdehnung der Produktionskapazitäten, und diese findet eben ihre Grenze immer in der Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft, also, wie dargelegt, letzten Endes in der Konsumtionskraft der Lohnabhängigen.

Der Zusammenhang von Produktion und Markt

Ich will einmal versuchen, diese Produktions-Markt-Zusammenhänge schematisch darzustellen, in Anlehnung an ein Schema bei Karl Marx.⁶ Um die Vernetzung der verschiedenen Wirtschaftszweige, ihre gegenseitige Abhängigkeit voneinander als Lieferanten und Abnehmer zu kennzeichnen und das ganze Schema dennoch übersichtlich zu halten, teilt Marx die gesellschaftliche Produktion in zwei große Abteilungen auf. Die eine, Abteilung I, produziert nur Produktionsmittel (Pm), die andere, II, nur Konsumtionsmittel (Km), also Waren des persönlichen Bedarfs.

$$\text{Abt. I } 1000 \text{ Pm} + \boxed{750 \text{ L} + 250 \text{ P}} = 2000 \text{ Waren in Form von Pm (WPm)}$$

$$\text{Abt. II } \boxed{1000 \text{ Pm}} + 750 \text{ L} + 250 \text{ P} = 2000 \text{ Waren in Form von Km (WKm)}$$

Pm = Produktionsmittel, L = Löhne und Gehälter, P = Profit, Km = Konsumtionsmittel.

In diesem Schema haben wir die Produktions- und Marktzusammenhänge. Die Zahlen sind willkürlich gewählt. Sie repräsentieren den Produktionsverbrauch bei der Produktion der Waren plus den Profit, und sie zeigen zugleich die Nachfrage, denn was in der Produktion verbraucht wurde, muß erneuert werden, sonst kann die Produktion nicht weitergehen.

In der Abteilung I wurden Produktionsmittel im Werte von 1000 vernutzt, sie müssen ersetzt werden. Die 1000 Pm verkaufen sich also innerhalb der Abt. I. Gleichzeitig wurden aber auch die Arbeitskräfte im Werte von 750 vernutzt und durch sie ein Profit von 250 geschaffen, den sich die Unternehmer aneignen. Wenn wir annehmen, daß die Unternehmer den ganzen Profit für ihren persönlichen Bedarf verbrauchen, dann ergibt sich in der Abt. I ein weiterer Bedarf von 1000. Aber nicht nach Pm, sondern nach Km, nach Waren des persönlichen Verbrauchs. Arbeiter und Unternehmer kaufen also für 1000 in der Abt. II ein. In der Abt. II wurden 1000 Pm in der Produktion vernutzt, die ersetzt werden müssen, und zwar aus der Abt. I. Die Unternehmer von II laufen also mit

dem Geld, für das sie gerade Konsumtionsmittel an die Arbeiter und Unternehmer von I verkauft haben, flugs wieder in die Abt. I und kaufen damit Pm, die sie für den Fortgang der Produktion brauchen. Jetzt sind alle Pm und 1000 Km umgesetzt. Den Rest der Konsumtionsmittel kaufen Arbeiter und Kapitalisten der Abt. II selbst. Der Umsatz ist vollendet.

Die Vielzahl der Transaktionen verwirrt etwas. Ich habe daher die Haupttransaktion – Käufe von Km durch Lohnabhängige und Unternehmer I sowie Käufe von Pm durch die Unternehmer von II – eingekästelt. Sie zeigt eine der wesentlichen Proportionen zwischen Produktion und Konsumtion. Nehmen wir einmal an, die Kapitalisten der Abt. II steigern und rationalisieren die Produktion, so daß sie mit weniger Arbeitskräften mehr Waren produzieren, also auch mehr Produktionsmittel verbrauchen.

Schematisch könnte das so aussehen:

$$\text{Abt. I } 1000 \text{ Pm} + \boxed{750 \text{ L} + 250 \text{ P}} = 2000 \text{ WPm}$$

$$\text{Abt. II } \boxed{1200 \text{ Pm}} + 700 \text{ L} + 300 \text{ P} = 2200 \text{ WKm}$$

Jetzt klappt der Umsatz nicht mehr. Die Kapitalisten der Abt. II können zwar die 1000 WKm reibungslos verkaufen, an ihre eigenen Arbeiter und an sich selbst, aber insgesamt ist die Nachfrage nach Konsumtionsmitteln hinter der Produktionsentwicklung zurückgeblieben: An die Abt. I können sie nur 1000 WKm verkaufen, 200 WKm sind unverkäuflich, das in ihre Produktion eingeflossene Kapital ist verloren.

Wir könnten natürlich auch annehmen, die Unternehmer der Abt. I rationalisieren:

$$\text{Abt. I } 1200 \text{ Pm} + \boxed{700 \text{ L} + 300 \text{ P}} = 2200 \text{ WPm}$$

$$\text{Abt. II } \boxed{1000 \text{ Pm}} + 750 \text{ L} + 250 \text{ P} = 2000 \text{ WKm}$$

In diesem Falle stimmen die Relationen innerhalb der Abt. I nicht mehr; die zusätzlichen Produktionsmittel im Werte von 200 können nicht verkauft werden.

Ich will diese schematische Darstellung nicht weiter ausbauen. Es kommt nur darauf an, zu erkennen, daß zwischen den Zweigen bestimmte, feste Relationen bestehen, die durch das willkürliche Handeln der einzelnen Kapitale mit Sicherheit verletzt werden. Natürlich sind die tatsächlich ablaufenden Prozesse komplizierter als im Schema darstellbar. Ein Schema kann immer in unterschiedlicher Weise interpretiert werden. Der Überschuß von 200 Pm in der Abt. II könnte auch eine zusätzliche Nachfrage nach Produktionsmitteln verkörpern. Das ist in der Tat auch der Fall, denn ohne zusätzliche Produktionsmittel ist zusätzliche Produktion nicht denkbar; wir müssen in unserem Fall Importe annehmen, denn Abt. I hat keine zusätzlichen Produktionsmittel produziert. Die wirklichen Verhältnisse sind sehr viel flexibler, als man es in einem Schema darstellen kann. Fast jeder Aufschwung nach der Krise beginnt auch mit einer zusätzlichen Nachfrage nach Produktionsmitteln. Rationalisierungsinvestitionen in beiden Abteilungen blähen dann die Investitionen auf, und es beginnt ein Mechanismus zu wirken, der zur Steigerung von Beschäftigung, Nachfrage und Profiten führt. Nur eben setzt dieser Mechanismus auch die gegensätzliche Entwicklung in Gang, die ich oben geschildert habe. Ihre Auswirkungen werden durch immer neue Impulse aus Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen, Import und Export, Innovationen usw. kompensiert und überdeckt, bis sich letzten Endes dann doch bemerkbar macht, daß die Konjunktur sich lange Zeit nur durch sich selbst getragen hat und die Kapazitäten längst über die zahlungsfähige Konsumtionskraft der Gesellschaft hinausgegangen sind. Statt 69 Mio. t Stahl werden nur 44 Mio. t gebraucht, um auf unser Beispiel zurückzukommen, statt 160 Mio. t Raffineriekapazität nur 80 Mio. t, aber der Aufbau dieser überschüssigen Kapazitäten hat ein so prächtiges Feuerwerk an Geschäftsgelegenheiten entfacht, daß der Aufschwung kein Ende zu nehmen schien. Dabei drückte – hier spüren wir wie-

der den Antagonismus in den kapitalistischen Verhältnissen – der zunehmende Aufbau neuer Kapazitäten die Entwicklung der gesellschaftlichen Konsumtion schon in engere Grenzen, weil er Teile des Profits der Konsumtion entzog. In der Praxis äußert sich dieser Prozeß periodisch im sogenannten knappen Geld, das heißt, die Zinsen steigen. Dadurch werden dann einerseits die Konsumentenkredite eingeschränkt, weil sie zu teuer werden, und andererseits aber Gelder auf die Sparkonten gelockt und so für Investitionen verfügbar gemacht. Die Investitionsnachfrage gibt dann dem Aufschwung neue Impulse, stimuliert die Ausdehnung der Kapazitäten, während sie gleichzeitig, wie geschildert, die entsprechende Entwicklung der Konsumtion hemmt. An die Ausbildung struktureller Disproportionen zwischen den verschiedenen volkswirtschaftlichen Zweigen, die auch zu diesen Prozessen gehört, will ich hier nur kurz erinnern. Nach einem solchen sich ganz spontan entfaltenden Aufschwungsprozeß, in dem Triebkräfte unterschiedlicher Art wirksam werden, neue Techniken die Produktion und die Zusammensetzung der Kapitale ändern, neue Stoffe und Erzeugnisse die Zusammensetzung der Warenpalette, in dem alles gewissermaßen durcheinanderwirbelt und die Größenordnungen verändert, ohne ordnendes Prinzip, nur von ständig sich verändernden Profitgesichtspunkten bewegt, passen auch die Zweige am Ende nicht mehr zueinander. Die Proportionen stimmen nicht mehr, und die Struktur muß neu geordnet werden. Ein gesellschaftliches Organ gibt es für diese Neuordnung nicht. Sie erfolgt spontan durch die Krise.

Im Kapitalismus ist die Krise also vorprogrammiert. Sie ist auch notwendig, um alle Proportionen – zwischen den Zweigen wie zwischen Produktion und Konsumtion – wieder zurechtzuschneiden. Freilich wirkt sie genauso spontan wie der Aufschwung, ohne regelndes Maß und Ziel. Sie schneidet einfach brutal in das Gestrüpp, weit über das an sich notwendige Maß hinaus, denn der Mechanismus läuft jetzt einfach in umgekehrter Richtung ab. Man sieht es an der Massenarbeitslosigkeit. Sie bringt zum Ausdruck, daß die Produktion weit unter den gesellschaftlichen Bedarf gedrückt wird; auch dies wegen der verkehrten Verhältnisse, die die Zahlungsfähigkeit der Lohnabhängigen herunterschneiden, nicht ihren Bedarf, sondern ihre Kaufkraft. Allerdings schneidet sie auch die Kapitale kräftig zusammen und schafft auf diese Weise Luft für die Bewegung der überlebenden Kapitale. So bereitet sie die Basis für einen neuen Aufschwung, der allerdings notwendig schon wieder den Keim der nächsten Krise in sich trägt.

Hoffen auf den nächsten Aufschwung: ein Fehlschluß

Wenn man die moderne bürgerliche Konjunkturpolitik, theoretisch wie praktisch, vor diesem Hintergrund betrachtet, so scheint ihr bewußt geworden zu sein, daß unter kapitalistischen Bedingungen nur eine brutale Krise die Basis für einen neuen Aufschwung legen kann. Alle Begriffe, mit denen sie operiert – „Politik des harten Geldes“, „zu den Gesetzen des Marktes zurückkehren“, „angebotsorientierte Politik“ usw. –, deuten darauf hin. Ebenso aber auch ihre Ergebnisse: ein Druck auf die Masseneinkommen, wie er seit Jahrzehnten nicht mehr zu verzeichnen war, chronische Massenarbeitslosigkeit und, gewissermaßen als Kulminationspunkt, die Ausbildung einer „neuen Armut“ von Massenausmaß. Man scheint nach der Devise vorgehen zu wollen „je tiefer und schneller die Krise, um so kräftiger wird der Aufschwung ausfallen und um so schneller wird er einsetzen“. Ein entsetzlicher Fehlschluß!

Seit Beginn des Jahrhunderts werden die Krisen zunehmend durch den Einfluß des Monopolkapitals geprägt. Das Monopolkapital aber hat Veränderungen in diesen Prozeß gebracht, die sich schon während der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 und der ihr folgenden besonders langen Stagnationsphase deutlich feststellen ließen.⁷ Auf

⁷ Robert Katzenstein, Die Investitionen und ihre Bewegung im staatsmonopolistischen Kapitalismus, Verlag des europäischen Buch, Berlin (West) 1974, S. 24, und Robert Katzenstein, Ende der Krise oder Krise ohne Ende? in: Streitbarer Materialismus, Konsequent-Sonderband 6, S. 47 ff.

diese Unterschiede kann ich hier nicht ausführlich eingehen. Einer liegt schon darin, daß Kapitalvernichtung in der Krise heutzutage nicht unbedingt auch Kapazitätsvernichtung bedeutet. Das große Konzernkapital mottet relativ überschüssige Kapazitäten ein und nimmt sie, bei steigender Nachfrage, nach der Krise wieder in Betrieb; wobei allerdings zuvor schon das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage durch preisliche Manipulationen beeinflußt und dadurch der Zeitpunkt der Inbetriebnahme hinausgeschoben wird. Ermöglicht werden diese Einflüsse durch die Macht, mit der Monopolkapital die Akkumulationsströme beherrscht. Im Mineralölbereich der BRD hat der britische Ölkonzern BP, zum Beispiel, seit 1982 Raffineriekapazitäten im Werte von 1 Mrd. DM stillgelegt. Bis 1984 wurden von diesen Verlusten schon wieder 800 Mio. durch Preisanhebungen und steuerliche Vergünstigungen wettgemacht.

Wenn in Betrieb befindliche Kapazitäten durch Rationalisierung erweitert oder stillgelegte Anlagen wieder in Betrieb genommen werden, dann fallen die Investitionsstöße nach der Krise, die früher zur Belebung und zum Aufschwung führten, vergleichsweise schwach aus. Zum Beispiel blieben die industriellen Brutto-Anlageinvestitionen in Deutschland nach der Weltwirtschaftskrise, im Durchschnitt der Jahre 1934 bis 1936, um ein Viertel hinter dem Durchschnitt der vorangegangenen Boomjahre zurück. Allein die Vereinigten Stahlwerke, der deutsche Stahltrust jener Jahre, tätigten von 1933 bis 1935 zwanzig Prozent der industriellen Gesamtinvestitionen; daran kann man ermes- sen, wie sehr die Bewegung der Gesamtinvestitionen durch die des Monopolkapitals bestimmt wurden. Unter Monopoleinfluß kann die Wirtschaftskrise ihre bereinigende Wirkung nicht mehr voll ausüben, und daher kommen auch die produktionsbelobenden Triebkräfte nach der Krise nicht mehr voll zur Wirkung. Eine Politik, die darauf abzielt, durch verbessertes oder verbilligtes Angebot Nachfrage zu schaffen, ändert daran zunächst grundsätzlich nichts. Das Preisverhalten der Konzerne wird nicht durch die Verbilligung der Produktion nach Ausschöpfung von Rationalisierungsmöglichkeiten bestimmt, sondern von Profitmaximierungsmöglichkeiten. Besser greift da schon eine Politik, die zusätzliche Nachfrage schafft. Nach der Weltwirtschaftskrise von 1929–1933 übten sprunghaft steigende staatliche Investitionen diese Wirkung aus.

Dieser Problembereich ist sehr gut in dem Buch von *Herbert Schui „Wirtschaftspolitik in der Krise“* beschrieben.⁸ Krisentheoretisch sind in dem Buch noch Lücken; das mag daran liegen, daß der Autor diesen Teil bewußt kurz gehalten hat. Jedoch ist der Einfluß der Monopole auf den Krisenzyklus sehr gut beschrieben und daraus auch die Notwendigkeit einer von den Bedürfnissen der Werktätigen ausgehenden nachfrageorientierten Politik abgeleitet. Das ist sehr wichtig, denn es genügt heute in der Tat nicht mehr, nur die Marktgesetze wirken zu lassen, um aus der Krise wieder zum Aufschwung zu kommen. Heute muß der Staat regulierend eingreifen, wenn Ökonomie und Gesellschaft nicht in einer Stagnation auf vergleichsweise niedrigem Niveau verkommen sollen.

Wirtschaftspolitik in wessen Interesse?

Es geht also nur darum, von welchen Gesichtspunkten aus die staatliche Regulierung erfolgen soll – ausgehend von den Unternehmerinteressen oder von den Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Nach dem, was oben ausgesagt wurde, ist die Antwort nicht schwer. Eine an den Unternehmerinteressen ausgerichtete Wirtschaftspolitik führt, das haben wir gesehen, gesetzmäßig in die verkehrte Richtung. Allerdings wird auch eine an den Interessen der werktätigen Bevölkerung orientierte Politik an der grundsätzlichen Richtung nichts ändern können, weil das Unternehmerverhalten in bezug auf Investitionen, Anlageströme, Beschäftigung usw. natürlich weiterhin vom privaten Profitinteresse bestimmt wird; der Lohn bleibt Kostenbestandteil. Eine solche Politik hat aber den Vorteil, daß sie die Kauf-

kraft der Werktätigen erhält, auch bei Umstrukturierungen in der Wirtschaft und den dadurch notwendigen Umschulungen. Die Last der Krise wird für die Werktätigen also minimiert. Der zweite Vorteil liegt darin, daß gleichzeitig jener Strang im Mechanismus der Krise abgeschnitten wird, der sie über die Senkung der Massenkaufkraft ständig verschärft. Ein dritter und sehr gewichtiger Vorteil liegt schließlich darin, daß über die Inangriffnahme neuer Aufgaben – z. B. im Gesundheitswesen, beim Luft-, Boden- und Gewässerschutz bzw. in der Forschung usw. – die Entstehung neuer, zukunftsträchtiger Wirtschaftsbereiche in die Wege geleitet bzw. ihr Wachstum stimuliert wird. Auf Westberlin bezogen heißt das eine grundsätzliche Neuorientierung der Wirtschaftsförderungspolitik an den für die Bevölkerung der Stadt wichtigen Aufgaben. Die gestalterische Kraft der öffentlichen Hand ist hier gefordert. Ein Entwicklungsplan muß geschaffen werden, der alle Lebensbereiche Westberlins umfaßt und zukunftsweisend ihre Veränderung plant.

Natürlich darf die Notwendigkeit eines Entwicklungsplanes nicht zu einer Verzögerung bei der Umstellung der Förderrichtlinien führen. Bestimmte Entwicklungsstränge von zentraler Bedeutung, an denen sich die staatliche Förderpolitik orientieren kann, sind durchaus absehbar.

Von den Kapazitäten her gesehen, könnte Westberlin zum Beispiel in Bereichen wie Mikroelektronik, Informations- und Kommunikations-, Fertigungs-, Energie- und Umweltschutztechnik die Entwicklung vorwärtstreiben. Auf diesen Gebieten müßte die Wirtschafts- und Forschungspolitik des Senats eingreifen. Nicht als Industrie-, sondern gewissermaßen als Marktförderung. Sie muß den Westberliner Markt für moderne Technik öffnen, indem sie auf die Befriedigung der Westberliner Bedürfnisse gerichtet wird. Hier in der Stadt besteht ein enormer Bedarf an Luft- und Gewässerschutz. Den Markt hier zu öffnen, dazu bedarf es keiner Mittel, sondern oft reicht dazu die Festsetzung von Richtwerten der Reinheit aus. Energiespartechiken spielen weltweit eine große Rolle. Großflächige Heizsysteme auf Erdgas- oder Elektrizitätsbasis könnten hier eingeführt und entwickelt werden, sowohl mit zentralen Groß- als auch mit dezentralisierten Kleinfeststellen und den entsprechenden Leitungsnetzen. Sinn macht das allerdings nur, wenn es sich um zukunftsweisende Systeme handelt, nicht nur um Verbesserungen der bestehenden. Das heißt, auch dabei ist der Senat gefordert durch Flächennutzungspläne auf dem Gebiet der Heizungssysteme, damit großflächige Räume entstehen, die den effizienten Einsatz solcher Systeme möglich machen und die durch die Konkurrenz der energieliefernden Eigenbetriebe der Stadt wie durch die individuellen Interessen der Hauseigentümer nicht wieder zerstückelt werden können.

Ähnlich wäre auf anderen Gebieten vorzugehen. Wo das private Kapital entwicklungs-mäßig nicht mitzieht, wären die Eigenbetriebe einzusetzen. In manchen Bereichen, in denen ein unmittelbarer Zusammenhang besteht, ist dieser Einsatz ohnehin angebracht; etwa auf dem Gebiet des Recycling. Anders als durch staatliches Engagement ist doch vorwärtsweisende Entwicklung von Gewicht ohnehin kaum mehr möglich. Auch dies ist eine Erfahrung, die schon bei der Einführung der Elektroenergie gemacht wurde und die seither ständig deutlicher in Erscheinung tritt.

Abzusehen ist ebenso, daß die Arbeitslosigkeit nicht einzudämmen sein wird, ohne Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Gerade wenn die Industrie in Westberlin auf privatkapitalistischer Grundlage gegenüber der Konkurrenz einen Vorlauf auf technisch-industriellem Gebiet erreichen soll, so muß die Technik, die sie verkaufen will, erst einmal hier in der Stadt Fuß fassen; das ist Voraussetzung für die Erschließung von Fremdmärkten.

Ich will mich hier nicht wiederholen, sondern nur darauf hinweisen, daß eine Einschränkung der Massenkaufkraft – sei es durch Arbeitslosigkeit, sei es durch Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich – Krisenprozesse in Gang setzt. Der Ausweg aus der Krise läßt sich bei sinkender Konsumtionsfähigkeit der Lohnabhängigen nicht erreichen, schon gar nicht, wenn gleichzeitig die Arbeitsproduktivität der Beschäftigten ganz beträchtlich steigt – und das soll ja wohl das Ergebnis des ganzen Modernisierungspro-

zesses sein, den auch der Senat anstrebt. Zum anderen braucht die Industrie und brauchen auch die anderen Bereiche anders qualifizierte Werk-tätige. An das Ausbildungs- und das Umbildungswesen werden also ganz andere Anforderungen gestellt, denen Rechnung getragen werden muß. Das ist überhaupt eine dringende soziale Frage. Nur so wird endlich die veraltete Ausbildung der Jugendlichen aufhören, die sie zu Arbeitslosen macht, sobald sie die Ausbildung beendet haben.

Es gibt also eine Fülle absehbarer Entwicklungswege, an denen sich die Wirtschaftspolitik orientieren kann. Gleichzeitig müßten natürlich auch die politischen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine Öffnung des DDR-Marktes für Waren aus Westberlin und mögliche arbeitsteilige Beziehungen mit der DDR oder Kooperationen mit DDR-Betrieben möglich machen, damit die Entwicklung einer modernen Westberliner Industrie nicht an der Kleinheit des Westberliner Marktes bzw. an der Marktferne der hiesigen Produktion scheitert.

Oben ist gezeigt worden, daß die Interessen der Lohnabhängigen mit den Allgemeininteressen übereinstimmen, während die der Unternehmer den Allgemeininteressen entgegengesetzt sind. Das ist ganz objektiv der Fall, kann, wie gezeigt, gar nicht anders sein. Da die Unternehmer selbstverständlich ihre Interessen durchsetzen und sie, als Eigentümer der Betriebe, auch weitgehend durchsetzen können, ist es notwendig, dieser Durchsetzungsmacht der Unternehmer eine Kontrollmacht entgegenzusetzen, die die Interessen der Werk-tätigen, also die Allgemeininteressen zur Geltung bringt. Ein Gremium etwa, wie es die SEW fordert, zusammengesetzt aus Vertretern der Betriebs- und Personalräte, der gewerkschaftlichen Vertrauensleute, der Gewerkschaften, der Techniker, Ingenieure und der Wissenschaftler. Es ist natürlich nicht gesagt, daß ein solches Gremium gleich funktioniert und den Ablauf der Entwicklung reibungslos gestaltet. Aber die Richtung stimmt mit Sicherheit, weil die Interessen mit denen der Allgemeinheit übereinstimmen.